



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 10

12. Mai 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Besoldungsanpassung und grün-rote Sparmaßnahmen:
Landesweite Protestaktion am Samstag, dem 29. Juni 2013 in Stuttgart**
- 02 Gemeindetag fordert neues Ministerium
Auch Kretschmann besorgt über Stadt-Land-Gefälle**
- 03 Gedenken an die ermordete Kollegin
Kiesewetter**

**01 Besoldungsanpassung und grün-rote Sparmaßnahmen:
Landesweite Protestaktion am Samstag, dem 29. Juni 2013 in Stuttgart**

Quelle: BBW und DPoIG

Trillerpfeifen, Luftballons, Transparente und Fahnen sind gerichtet und in ausreichender Anzahl vorhanden. Der Beamtenbund Baden-Württemberg und seine Fachgewerkschaften bereiten eine große landesweite Protestaktion gegen die Verweigerung der zeit- und inhaltsgleichen Besoldungsanpassung vor.



Für alle Kolleginnen und Kollegen, die von der grün-roten Landesregierung Wertschätzung und nicht eine Sparrunde nach der anderen oder die erneute Verweigerung einer sachgerechten Besoldungsanpassung erwartet haben, ist die Teilnahme an dieser Protestkundgebung eine absolute Pflichtveranstaltung!

Von MP Kretschmann kennen wir die Aussagen:

- „Beamte jammern auf einem hohen Niveau!“
- „Beamte haben sogar eine Nullrunde in drei Monaten vergessen!“

Am Samstag, dem 29. Juni 2013 sollten alle Beamtinnen und Beamten und alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Möglichkeit nutzen, dem Ministerpräsidenten und dieser Landesregierung unmissverständlich zu zeigen, dass dem nicht so ist.

Der Landeshauptvorstand des BBW hat in seiner Sitzung am 17.4. (Wernau) ein eindeutiges Votum für Protestaktionen des BBW als Reaktion auf die Sparbeschlüsse der Landesregierung beschlossen. Eine solche Protestveranstaltung ist politisch nur sinnvoll, solange das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbe-

zügen in Baden-Württemberg 2013/2014 noch nicht beschlossen ist. Unsere Recherchen zu den terminlichen Abläufen über dieses Gesetzgebungsverfahren haben ergeben, dass dieses bereits Anfang Juli zum Abschluss kommen könnte.

Daher hat die BBW-Landesleitung beschlossen, am

**Samstag, dem 29. Juni 2013
in Stuttgart eine Protestkundgebung des BBW durchzuführen.**

Wir planen diese Veranstaltung als Protestkundgebung mit vorhergehendem Protestzug in Stuttgart. Als zeitlicher Ablauf ist eine Auftaktkundgebung am Versammlungsort ab 11.00 Uhr geplant, von wo aus wir um 11.20 Uhr den Protestzug zum Ort der Abschlusskundgebung starten. Die Abschlusskundgebung wird dann bis 13.00 Uhr dauern.

Die Gewerkschaften setzen Busse ein. Die genauen Details erhalten Sie zeitnah.

Beamtenbund läutet heißen Sommer ein

Großkundgebung gegen grün-rote Sparbeschlüsse am 29. Juni

Quelle: StN vom 08.05.2013

Der Beamtenbund Baden-Württemberg macht seine Drohung ernst und beschert der Landesregierung wegen der Sparpläne einen heißen Sommer. Beamtenbund-Landeschef Volker Stich bestätigte am Dienstag entsprechende Informationen unserer Zeitung, wonach es am 29. Juni in Stuttgart eine Großkundgebung gegen die Politik von Grün-Rot geben soll. 'Wir erwarten bis zu 5000 Teilnehmer', sagte Stich und machte klar, dass man mit Teilnehmern aus allen Bereichen des Staatsdienstes rechnen - von der Polizei über die Finanzbeamten bis hin zur Justiz und Bauverwaltung.

Kretschmann und Finanzminister Nils Schmid (SPD) hatten vor Wochen beschlossen, die Tarifierhöhung des öffentlichen Dienstes von 5,6 Prozent für die Jahre 2013 und 2014 nicht – wie von den Gewerkschaften gefordert - zeit- und inhaltsgleich, sondern zeitversetzt auf die 240 000 Beamten im Land zu übertragen. Die Staffelung führt dazu, dass zum Beispiel Beamte oberhalb der Besoldungsgruppe A 12 ein Jahr auf das Gehaltsplus warten müssen. Beamtenbund und DGB hatten dies massiv kritisiert und von 'einem weiteren Sonderopfer' für die Beamten gesprochen.

Stich machte am Dienstag klar, dass er mit massiven Protesten der Beamten bei der Kundgebung an jenem Juni-Samstag rechnet. 'Ich gehe davon aus, dass die Reaktion der Beamtenschaft heftig wird. Die Unbill wird breiten Raum nehmen', weil die Beamten es leid seien, dass immer nur auf ihre Kosten gespart werde. 'Ich werde die

Beamtenschaft auffordern, angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl genau zu prüfen, welche Partei für sie noch wählbar ist.'

Zugleich kündigte er an, man werde DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf als Gastredner zu der Kundgebung einladen. Ob ein Vertreter der Landesregierung teilnimmt, sei noch offen. Im März 2012 hatte der Beamtenbund schon einmal eine Protestkundgebung in Stuttgart gegen Sparbeschlüsse von Grün-Rot gemacht. Damals waren Ministerpräsident Kretschmann und Vertreter von Grün-Rot mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen worden.

02 Gemeindetag fordert neues Ministerium Auch Kretschmann besorgt über Stadt-Land-Gefälle

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 25.01.2011

Der Präsident des Gemeindetags, Roger Kehle, hat Grün-Rot aufgefordert, mehr für den ländlichen Raum zu tun - etwa beim Ausbau der Hochschulstandorte oder bei der ärztlichen Versorgung. Bei einem Symposium der Landesregierung zur Zukunft des Ländlichen Raums in Stuttgart regte Kehle am Samstag an, 'den Zuschnitt der Ministerien zu ändern'. Das Land brauche ab der nächsten Legislaturperiode ein eigenes Infrastrukturministerium, in dem alle Zukunftsthemen gebündelt sind, sagte Kehle. Die Tatsache, dass es jetzt bei Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) auch den Bereich Infrastruktur gebe, sei zu wenig. 'Der Name auf dem Schild sagt noch lange nichts aus, was sich dahinter verbirgt.' Dem Ministerium fehle es 'an Geld und Zuständigkeiten'. Die vielfältigen Probleme im ländlichen Raum seien der Beleg, dass 'etwas getan werden muss'.

Tatsächlich kehren immer mehr junge Menschen den ländlichen Regionen in Baden-Württemberg den Rücken und ziehen in Ballungsräume. 'Wir registrieren seit dem Jahr 2005 eine erhebliche Schrumpfung der Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum', sagte Stefan Siedentop, Experte für Raumordnung an der Uni Stuttgart. Zwar komme noch 'jeder dritte Euro, der in Baden-Württemberg erwirtschaftet wird, aus den ländlichen Regionen'. Aber der Trend, dass 'junge Menschen davonlaufen', sei bedenklich.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) beschönigte die Lage nicht. 'Wir sind ein sehr reiches, aber leider kinderarmes Land', sagte der Regierungschef mit Blick auf den demografischen Wandel und seine Folgen. Zwar seien gegen den Trend 'keine Standardkonzepte möglich, schon gar nicht von Schlaumeiern aus der Stadt', aber mehr denn je müsse alles dafür getan werden, damit 'der ländliche Raum auf Augenhöhe mit den Ballungszentren' bleibe. Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einem Ausbau der Breitbandverkabelung sieht Kretschmann in der Schullandschaft einen zentralen Baustein. Der Rückgang der Schülerzahlen - bis 2020 ein Minus von 190 000 Schülern - müsse dazu führen, dass die Kommunen sich noch mehr als bisher absprechen. Motto müsse sein: 'Erst die Qualität, dann der Standort'.

Zwischenanmerkung der ID-Redaktion:

Landflucht ist eben nicht nur eine Folge des demografischen Wandels. Auch die Reform- und Standortkonzepte für die Polizeireform wurden – um in der Sprache des Ministerpräsidenten zu bleiben – von „Schlaumeiern aus der Stadt“ entworfen. Von Augenhöhe zwischen ländlichem Raum und Ballungszentren oder von Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei der Polizeireform nicht viel zu bemerken. Von persönlichen, familiären, finanziellen und ökologischen Mehrbelastungen der polizeilichen „Landbevölkerung“ ganz zu schweigen. Grüne Politiker sind offensichtlich auch nur Politiker.

Kretschmann kündigte an, 'bis Anfang Mai' einen Schulentwicklungsplan fürs Land vorzulegen. Sein Ziel sei es, dass es in den Schulen gerade auch im ländlichen Raum 'eine stabile Zweizügigkeit mit mindestens 40 Schülern pro Jahrgang' gebe. ...

„Landflucht“ in einem etwas anderen Sinne:

Zum Stadt-Land-Gefälle passt auch dieser Beitrag:

Leserbrief: Zu „**Das ist eine Reform für den ländlichen Raum**“ (FN, 27. April) / Argumente der Betroffenen nicht gehört / „Ländlicher Raum ist der Verlierer“

Quelle: Fränkische Nachrichten vom 04.05.2013

Erkennbar, dass das Ziel der Umstrukturierung verfehlt wird

Das ist eine Reform für den ländlichen Raum“ hatte der Leiter der Zentralstelle des Innenministeriums, Thomas Berger, aus Anlass einer Informationsveranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus zur Polizeireform ausgeführt. Bei dieser Reform gehe es darum, die Polizei im ländlichen Raum präsent zu halten und darum, die Polizei insgesamt für die Erfordernisse der Zukunft fit zu machen. Diese Zielsetzung kann der Arbeitskreis Polizei der CDU im NOK nur unterstreichen und unterstützen. Allerdings ist schon heute erkennbar, dass dieses Ziel verfehlt wird.

Das Gegenteil wird der Fall sein – der ländliche Raum ist der Verlierer dieser Reform. Der aufmerksame Leser wird dies schon allein am Vergleich der Formulierungen der Hauptakteure feststellen können. Sprach der Minister noch vor nicht allzu langer Zeit von zwei Planstellen mehr pro Polizeirevier als Reformziel, so spricht man jetzt bereits schon davon, dass diese Verstärkung nur für den Wechselschichtdienst bei den Polizeirevieren (Streifendienst) gelte, was aber im Umkehrschluss auch bedeutet, dass Stellen bei den Polizeirevieren auch im Tagesdienst (Führungsgruppen und Bezirks- und Postendienst) abgebaut werden können, so dass im Einzelfall die Gesamtstärke eines Polizeireviers nach der Reform geringer sein kann als vor der Reform. Präsenzstärke im ländlichen Raum? Heimatnahe Verwendungsmöglichkeit für Beamte der Polizeireviere (mit ausgeprägter Orts- und Personenkenntnis) im Tagesdienst nach jahrelangem Schichtdienst? Hinzu kommt noch, dass die Kriminalpolizei vor Ort nahezu halbiert wird – die Stellen werden in die Ballungsräume an den Sitz der Präsidien verlagert. Auch hier gehen in den ländlichen Räumen nicht nur Fachwissen und bürgernahe Dienstleistung für die Sicherheit verloren, sondern auch qualifizierte Arbeitsplätze für unsere Jugend.

In seiner Ansprache bei der SPD stellt Herr Berger klar, dass wer die zweigeteilte Laufbahn umsetzen wolle, Sachkosten zusammenfassen und Synergien anstreben muss. Dass dies mit Standortschließungen verbunden ist, sei dabei nicht zu vermeiden. Zukünftig hätten landeseigene Immobilien Vorrang vor angemieteten. Auch dies kann man nur unterstützen, allerdings verwundert es den geneigten Leser und Steuerzahler dann schon, wenn landeseigene und hervorragend renovierte Immobilien zum Beispiel in Mosbach dann leer stehen oder zu marktüblichen Preisen des ländlichen Raums verramscht werden sollen und auf der andren Seite in den Ballungsräumen viele Millionen Euro Steuergeld in teure Neu-, An- oder Erweiterungsbauten zu investieren sind. Wenn die Stärkung des ländlichen Raumes so aussieht, dann kann der ländliche Raum mit Sicherheit auf diese Reform verzichten!

Im Übrigen begrüßen wir es ausdrücklich, wenn Bürger aus erster Hand durch verantwortliche Politiker über Maßnahmen, die ihr persönliches Umfeld betreffen informiert werden. Allerdings wundert es uns, dass Herr Berger, der im Übrigen kein politischer Beamter, sondern Polizeibeamter ist, bei einer Parteiveranstaltung zu einem Personenkreis spricht, der in keinsten Weise persönlich von der Reform betroffen ist (SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus), die unmittelbar betroffenen Polizeimitarbeiter vor

Ort aber noch keine Gelegenheit hatten in einer solchen Runde ihre fachlichen und auch persönlichen Belange äußern zu können.

Wir und unsere Kollegen hätten uns darüber gefreut – oder fürchtet man sachlich gute Gegenargumente? Unter einer Politik des Gehörtwerdens stellen wir uns etwas anderes vor.

Volker Mackert, Vorsitzender, Bernhard Throm, stellvertretender Vorsitzender, für den Arbeitskreis Polizei der CDU im NOK

03 Gedenken an die ermordete Kollegin Kiesewetter

Quelle: DPoIG vom 25.04.2013



Anlässlich des 6. Jahrestages der Ermordung unserer Kollegin Michèle Kiesewetter in Heilbronn legten der stellv. Bundes- und Erste stellv. Landesvorsitzende BW, Ralf Kusterer, zusammen mit dem Vorsitzenden des DPoIG Kreisverbandes Heilbronn, Uwe Ullrich, sowie dem stellv. Bezirksvorsitzenden Nord-Württemberg, Oliver Auras, einen Blumenschmuck mit Binde an der Gedenktafel an den Theresienwiesen nieder. Im Stillen gedachten sie der jungen Kollegin, die am 25. April 2007 mutmaßlich von

Rechtsterroristen des NSU erschossen wurde.

Ende DPoIG-ID Nr. 10/2013